

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Volksinitiative zur Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Schneuwly, Joëlle

## Bevorzugte Zitierweise

Schneuwly, Joëlle 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative zur Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie, 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 10.06.2025.

# Inhaltsverzeichnis

|                                |   |
|--------------------------------|---|
| <b>Allgemeine Chronik</b>      | 1 |
| <b>Sozialpolitik</b>           | 1 |
| Gesundheit, Sozialhilfe, Sport | 1 |
| Epidemien                      | 1 |

# Abkürzungsverzeichnis

---

# Allgemeine Chronik

## Sozialpolitik

### Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

#### Epidemien

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 28.08.2024  
JOËLLE SCHNEUWLY

Anfang Februar 2023 wurde eine Volksinitiative zur **«Aufarbeitung der Hintergründe der Covid-19-Pandemie (Aufarbeitungsinitiative)»** bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung eingereicht. Das Initiativkomitee setzte sich aus Privatpersonen zusammen, die sich gemäss eigenen Angaben «an Veranstaltungen der Bürgerrechtsbewegung kennengelernt» hatten. Unterstützt wurde es insbesondere von massnahmenkritischen Gruppierungen.

Wie dem Titel des Volksbegehrens entnommen werden kann, beabsichtigte das Komitee die unabhängige Untersuchung und Aufarbeitung der staatlichen Massnahmen während der Pandemie. Konkret wurde die Prüfung von wissenschaftlichen Grundlagen für getroffene Vorkehrungen wie etwa die Maskenpflicht und die Lockdowns sowie der Validität der Covid-19-Tests gefordert. Weiter solle untersucht werden, ob die Bevölkerung über die Wirkung und Risiken der Impfstoffe genügend aufgeklärt worden sei. Auch die Anerkennung und Entschädigung von Impfschäden wollte das Komitee erwirken. Die strafrechtliche Verfolgung bei möglichen Straftatbeständen, die Aufhebung der Immunität von Amtstragenden und eine Schadensersatzpflicht für sich als unverhältnismässig erwiesene Massnahmen waren zusätzlich Forderungen des Volksbegehrens. Zur Umsetzung der Initiative hätte eine ausserparlamentarische Untersuchungskommission gegründet und ein Spezialgericht eingerichtet werden sollen.

Soweit kam es jedoch nicht. Das Volksbegehren scheiterte nämlich noch im Sammelstadium. Bei Fristablauf am 28. August 2024 waren gerade einmal rund 52'000 Unterschriften zusammengekommen. Erklärt wurde der Misserfolg mit dem Umfang und der Komplexität der Initiative. Eine A3-Seite – der bisher längste eingereichte Text seit der Einführung des Initiativrechts – habe das Sammeln der notwendigen Unterschriften erschwert. Zudem sei es eine Herausforderung gewesen, den komplexen Inhalt des Anliegens zu verstehen, was zu Zurückhaltung seitens Unterschriftsberechtigter geführt habe. Überdies hätten die Covid-19-Massnahmen verglichen mit den Hochphasen der Pandemie im Alltag der Menschen an Relevanz verloren.

Die Initianten und Initiantinnen übergaben den Text noch am Tag des Fristablaufs in Form einer Petition an den Bundesrat, um zu zeigen, dass das Thema für einen Teil der Bevölkerung nach wie vor wichtig sei und nicht einfach ignoriert werden dürfe.<sup>1</sup>

---

1) BBI 2023 487; BBI 2024 2121; TA, 21.8.24; AZ, Lib, 22.8.24